

The party is fighting for its survival just as sniping at its luckless party leader, Economy Minister Philipp Roesler, who was born in Vietnam but grew up with his adoptive German parents in Lower Saxony, is reaching fever pitch. "If it doesn't make it in, Mr Roesler will step down that night. And if it only barely makes it, I would recommend he do the same," Oskar Niedermayer of

Berlin's Free University said. Pundits have warned Merkel that with no obvious successor waiting in the wings, she would be wise to cultivate younger, centrist talent in the party. McAllister, keenly aware that Berlin ambitions can be poison at the state ballot box, has kept his cards very close to his vest. "My place is in Lower Saxony," he said.

"Berlin is not the question." He has predicted a "heart-stopping finale" due to the tightness of Sunday's race but voter turnout appeared poor, with figures at 0900 GMT even fractionally worse than the record low set in 2008.

bur/jmm/wat

© PMG Presse-Monitor GmbH

Berliner Morgenpost vom 20.01.2013

Berliner  Morgenpost

**Autor:** Pauline Schur  
**Seite:** S36  
**Ressort:** BERUFE

**Quellrubrik:** BERUFE  
**Jahrgang:** 2013  
**Nummer:** 3

## Unternehmergeist zieht durch deutsche Unis

Die Freie Universität Berlin erhält 2,8 Millionen Euro zur Förderung von Gründern

Pauline Schur

So kurz vor dem Ziel will man nicht mehr scheitern. Das dachten sich auch viele der anwesenden Vertreter der 20 Hochschulen Anfang Januar im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in Berlin. Es ging um die Auszeichnung für ein Projekt, an dem manche schon viele Jahre arbeiten - dem Wettbewerb "Exist Gründungskultur - Die Gründerhochschule". Hier sollten vor allem diejenigen die Ohren spitzen, die später mal mit ihren eigenen Ideen Geld verdienen wollen.

Exist besteht seit 1998. Es fördert Gründungsinteressierte aus der Wissenschaft, die mit forschungsbasierten Geschäftsmodellen auf dem Markt Fuß fassen wollen. Dabei helfen zum einen die Gründerstipendien, welche den Lebensunterhalt während des Aufbaus einer Existenz sichern sollen. Zum anderen der Forschungstransfer, der Hochschulen miteinander verbindet und die Wissenschaft vorantreibt in Richtung Marktwirtschaft. Insgesamt stiftete das Bundesministerium bereits 110 Millionen Euro an 127 Hochschulen. Das dritte Standbein "Exist - Gründungskultur" arbeitet mit den Hochschulen zusammen und soll solide Voraussetzungen für Gründungsinteressierte schaffen.

### Strategie entwickeln

Jede Hochschule, die sich an dem Wettbewerb beteiligt, legt eine Ideenskizze vor. Wenn diese gut ist, geht es in die

zweite Runde. In einem großen Team wird eine Gesamtstrategie entwickelt, wie man Gründungsinteressierte auf ihrem Weg zur Selbstständigkeit fördern kann. Dabei können zentrale Anlaufstellen helfen oder finanzielle Unterstützung von der Uni. So soll sich Unternehmergeist an den deutschen Hochschulen entwickeln. Damit das möglich wird, gibt es bei nachhaltigen Ideen eine Finanzspritze vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Unter allen Bewerbern werden zehn ausgesucht, die die unabhängige Jury begeistern. Es lockt eine Förderung von 2,8 Millionen Euro, verteilt über fünf Jahre. Die besten drei erhalten zudem das Prädikat "Exist - Gründerhochschule". Im Juli 2011 gehörte die Technische Universität Berlin dazu und trägt seitdem den Titel Gründerhochschule.

Auch dieses Mal war Berlin wieder vertreten - von der Freien Universität (FU). Insgesamt 41 Hochschulen legten ihr Konzept vor. 20 Hochschulen kamen in die Endrunde und präsentierten ihre Gesamtstrategie der Jury. Aufgrund der hochwertigen Konzepte förderte man in diesem Jahr zwölf statt zehn Hochschulen, gab der Jury-Vorsitzende Professor Thierry Volery während der Begrüßung bekannt. Insgesamt 46 Millionen Euro stellt das Wirtschaftsministerium damit zur Verfügung. Das Prädikat Gründerhochschule bekamen die Universität

Kassel, die Universität des Saarlandes und die Universität Lübeck (siehe Kasten).

Die FU bekam die Zusicherung zur Förderung. Keine Überraschung bei den überzeugenden Ideen, die ab April umgesetzt werden. Anderthalb Jahre intensive Vorbereitung liegen hinter dem Team aus Wissenschaftlern, Gründern und Unternehmern. Auch eine erneute Kooperation zwischen der FU und Charité war sehr erwünscht. Die Zusammenarbeit hatte sich schon einmal in einem Vorgängerprojekt bewährt. "Das Bedürfnis, von ehemals Geförderten des Universitätsprojekts ProFund etwas beizutragen, war ebenfalls groß", sagt Team- und Projektleiter Steffen Terberl. Denn bereits seit 2006 setzte sich die FU damit für Gründungsinteressierte ein. Das Team war also schnell zusammengestellt. Die gemeinsam entworfenen Ideen überzeugten die Jury: Das neu entwickelte Projekt "Entrepreneurial Network University" soll das bereits große Netzwerk aus Gründern und Wissenschaftlern ausbauen. Dabei profitieren sowohl Studierende der FU als auch Wissenschaftler der Charité, die damit motiviert werden sollen, zu gründen. "Das Ziel ist, forschungsbasierte Gründungen schneller wachsen zu lassen und an den Markt zu bringen", sagt Terberl. "Frühzeitig sollen Geschäftsmodelle entwickelt und an die Wirtschaft angepasst werden. Dabei soll

auch die externe Unterstützung von Wirtschaftspartnern helfen." Teams mit Wissenschaftlern werden mit wirtschaftsnahem Personal besetzt, die wertvolle Tipps weitergeben. Für die finanzielle Hilfe werden Seed-Fonds eingerichtet. Hier investieren Privatförderer wie Alumni und Wirtschaftspartner in

erfolgsversprechende Ideen.

#### **Gute Rahmenbedingungen**

Bereits jetzt steht die FU auf der Liste der Hochschulen mit den besten Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen auf dem siebten Platz. Dass das Prädikat ausgeblieben ist, findet Steffen Terberl gut: "Das ist einer

Exzellenzuniversität schwer anzuheften." Die Entscheidung, es Universitäten zu geben, die noch nicht viele Auszeichnungen haben, sei richtig. So könnten diese darauf aufbauen.

**Abbildung:** Ideenentwickler: Im Funpreneur-Wettbewerb der FU gründen Studierende ein Geschäft auf Zeit  
**Fotograf:** FU/Sabine Hellwig  
**Urheberinformation:** (c) Ullstein GmbH

© PMG Presse-Monitor GmbH

Sonntag aktuell vom 20.01.2013

**Sonntag Aktuell**  
DIE SIEBTE AUSGABE IHRER TAGESZEITUNG

**Seite:** 3  
**Ressort:** POLI  
**Seitentitel:** POLI

**Jahrgang:** 2013  
**Nummer:** 3

## Alles blickt nach Hannover

Die Niedersachsen wählen einen neuen Landtag. Wer hat die Nase vorn? Der Urnengang besitzt Signalcharakter für das Bundestagswahljahr.

Von Claudia lepping aus berlin

Die Politik fällt zurück in die Eiszeit. Wenn an diesem Sonntag in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt wird, beginnt der parteitaktische Countdown bis zur Bundestagswahl im Herbst. Die acht Monate bis dahin verbringen Regierung und Opposition im Wahlkampfmodus - sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat wird es viel verbalen Schlagabtausch, aber letztlich wenig konkrete Entscheidungen geben.

Mit dem Ergebnis von Hannover allerdings können sich die Machtverhältnisse verändern, die die Abstimmung zwischen Bund und Ländern bis zum Bundestagswahltermin und darüber hinaus beeinflussen. Sollte Schwarz-Gelb in Niedersachsen verlieren, kommt das Regierungslager von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) nur noch auf 15 der 69 Stimmen in der Länderkammer. Die SPD- und Grün-geführten Länder haben dann seit 2010 erstmals wieder die absolute Mehrheit von 36 Stimmen. 'Es ist aber keine kreative Mehrheit', schränkt Peter Lösche ein. Der Politikwissenschaftler der Uni Göttingen sagt: 'Es ist eine banale Realität, dass Union und FDP mit ihrer deutlichen Bundestagsmehrheit gegenhalten können. Es kann eine gegenseitige Blockade entstehen.

Aber gestalten kann damit niemand.'

Zurzeit zählt das Merkel-Lager im Bundesrat 21 Stimmen aus vier christlich-liberal regierten Ländern: Niedersachsen, Bayern, Hessen, Sachsen. Rot-Grün kommt auf 30 Stimmen aus sieben Ländern: Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Hamburg, Brandenburg, Bremen und das grün-rot regierte Baden-Württemberg. Die restlichen 18 Stimmen gehen aufs Konto der von großen Koalitionen regierten Länder Berlin, Saarland, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

Der Bundesrat hat Mitspracherechte über Gesetze, die der Bundestag beschließt. Manche Gesetze sind zustimmungspflichtig, sie dürfen nicht ohne Zustimmung der Bundesländer in Kraft treten. Andere Gesetze, bei denen die Länder nur Einspruchsrecht haben, kann die Regierung mit ihrer Mehrheit im Bundestag durchsetzen, indem sie den Einspruch des Bundesrats überstimmt.

Bei einem Wahlsieg von Rot-Grün in Niedersachsen will beispielsweise das Land Baden-Württemberg die umstrittenen Koalitionspläne zum Datenschutz am Arbeitsplatz stoppen. 'Wir werden das Gesetz im Bundesrat aufhalten und

einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen', kündigte Baden-Württembergs Bundesratsminister Peter Friedrich (SPD) bereits an. Auch bei der Abstimmung über die Vorratsdatenspeicherung wird die Bundesregierung auf Granit beißen. Erst recht bei Planung und Durchsetzung der Energiewende sind die Länder Dreh- und Angelpunkt in Sachen Atomausstieg. 'Einen Stillstand in der Länderkammer kann sich die Bundesregierung nicht erlauben', sagt Oskar Niedermayer. Der Politikprofessor der Freien Universität Berlin meint: 'Bundesumweltminister Peter Altmaier muss Signale senden, dass die Energiewende nicht zu teuer wird. Dazu braucht er die Länder. Dazu braucht er vor allem Bundesratspräsident Winfried Kretschmann.' Baden-Württembergs Ministerpräsident hatte sich lange vor seiner Präsidentschaft in der Länderkammer das Renommee erworben, am ehesten den Weg für ein Endlagersuchgesetz und damit für den Atomausstieg ebnen zu können. Wenn sie Handlungsspielräume zuweisen sollen, geben die Polit-Auguren Kretschmann eine entscheidende Rolle. Der Mainzer Parteienforscher Jürgen Falter: 'Er verfügt über Verhandlungsgeschick und Kompromissfähigkeit. Kretschmann will nicht